

Bundesverschuldung explodiert: So teuer wird der Schuldendienst 2025!

OE24 berichtet über den Anstieg der Staatsverschuldung und die damit verbundenen Kosten für den Schuldendienst in Österreich.

Österreich - Die Schuldenlast des Bundes hat sich in den letzten Jahren signifikant erhöht. Laut einem aktuellen Bericht von oe24 betragen die Staatsschulden im Vorjahr 400 Milliarden Euro, von denen fast 300 Milliarden Euro auf den Bund entfallen. Diese Entwicklung ist nicht überraschend, denn die Kosten für den Schuldendienst steigen weiter, sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ zur Wirtschaftsleistung. Für das Jahr 2024 wird ein Zinsaufwand von über 5 Milliarden Euro prognostiziert, eine Milliarde mehr als im Vorjahr und zwei Milliarden mehr als 2022.

Das Zinsniveau, das derzeit rund 1 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmacht, war in den 1990er Jahren noch deutlich höher – damals lag es bei 3,5 Prozent. Die zunehmende Verschuldung des Bundes steht im Kontext verschiedener Krisen, die in den letzten Jahren aufgekommen sind. Von 2020 bis 2024 gab es einen nominalen Schuldenanstieg von 90,5 Milliarden Euro, was dem kumulierten Schuldenzuwachs von 20 Jahren davor entspricht.

Der Staatshaushalt im Überblick

Der Staat erzielt Einnahmen hauptsächlich durch Steuern, insbesondere durch Lohnsteuern und die Mehrwertsteuer. Lohnsteuern werden jedoch erst ab einem bestimmten Einkommen fällig, wodurch Minijobber und Geringverdiener von

dieser Steuer befreit bleiben. Auf der Ausgabenseite stehen Kosten für öffentliche Infrastruktur, Verteidigung, Bildung, Sicherheit sowie Grundsicherung und Rentenzahlungen auf dem Programm. Übersteigen die Ausgaben die Einnahmen, muss der Staat Kredite aufnehmen, was zu weiteren Schulden führt. Die Einführung der Schuldenbremse im Mai 2009 sollte diesem Trend entgegenwirken und die Neuaufnahme von Schulden begrenzen, um zukünftige Generationen zu schützen, wie die bpb darlegt.

Die Schuldenbremse erlaubt es dem Staat, neue Schulden bis zu 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts jährlich aufzunehmen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten kann die Regierung jedoch auch mehr Schulden in Anspruch nehmen, um die Wirtschaft zu stützen. Es gibt Ausnahmeregelungen für Notfälle, wie Naturkatastrophen oder Pandemien. Kritiker hingegen argumentieren, dass diese Regelungen die notwendige Infrastrukturentwicklung behindern und notwendige Investitionen vernachlässigt werden könnten.

Zukunftsperspektiven und Reformvorschläge

Die Diskussion um die Reform der Schuldenbremse hat in den letzten Jahren an Intensität zugenommen. Vorschläge umfassen unter anderem die Einführung einer Investitionsregel sowie die Berücksichtigung des planetaren Budgets. Eine großzügigere Gestaltung der konjunkturellen Komponente könnte in wirtschaftlich schlechten Zeiten mehr Spielraum schaffen. Zusätzliche Anreize zur Berücksichtigung von Zinsen und Infrastrukturqualität könnten die Tragfähigkeit der Schulden nachhaltig verbessern.

Insgesamt ist die Situation der Staatsfinanzen komplex. Staatsschulden sind notwendig für das Funktionieren der Wirtschaft und werden als sicher angesehen, doch die Herausforderungen, die aus der Schuldenaufnahme resultieren, müssen ernsthaft angegangen werden. Die Balance zwischen

notwendigen Investitionen und der Begrenzung neuer Schulden wird weiterhin ein zentrales Thema der politischen Diskussion sein.

Für weiterführende Informationen und Analysen zu diesem Thema schauen Sie bitte auf die Webseiten von **oe24**, **bpb** und **bpb**.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.bpb.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at